

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Stadtkasse
Klekler, Alexander Telefon: 07071 204-1221
Gesch. Z.: 2/21/

Vorlage 53/2020
Datum 26.02.2020

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Annahme von Einzelspenden

Bezug:

Anlagen:

Beschlussantrag:

Es wird eine Sachspende (ca. 2000 Bücher für den Fachbereich Kultur – Fachabteilung Stadtarchiv) mit einem Wert in Höhe von 30.000,00 € angenommen.

Finanzielle Auswirkungen	Jahr 2020	
Spendenbetrag	30.000,00 €	

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Spenden stellen ein wichtiges Finanzierungsmittel zur Erfüllung kommunaler Aufgaben dar, insbesondere im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich.

Im Hinblick auf die vielfältigen städtischen Aufgaben haben die Spenden einen großen Stellenwert erlangt. Mit dieser Vorlage wird die Annahme einer Sachspende in Höhe von 30.000,00 € beschlossen. Bei der Sachspende handelt es sich um ca. 2000 Bücher für den Fachbereich Kultur – Fachabteilung Stadtarchiv. Mit dem Spendenbetrag dieser Vorlage erhöht sich der Gesamtbetrag der im Kalenderjahr 2020 angenommenen Spenden auf 104.920,98 €. Die Universitätsstadt Tübingen bedankt sich sehr herzlich bei dem Spender. Die Annahme von Spenden ist seit der Gesetzesänderung in § 78 GemO in Verbindung mit der Hauptsatzung vom Verwaltungsausschuss zu beschließen. Ein transparentes Verfahren in grundsätzlich öffentlicher Sitzung soll die rechtssichere Spendenannahme sicherstellen.

Zuwendungen von Privaten sind ein wichtiges und übliches Finanzierungsmittel zur Erfüllung kommunaler Aufgaben. Gleichzeitig soll möglichen Verhaltensweisen entgegengewirkt werden, bei denen der Eindruck entstehen kann, dass die Einwerbung oder Annahme von Zuwendungen Privater in einem unlauteren Zusammenhang mit der sonstigen Dienstaussübung stehen und amtliches Handeln nicht allein von objektiven und aufgabenbezogenen Gesichtspunkten geleitet, sondern von der Zuwendung beeinflusst wird. Dem trägt auch der neu gefasste § 331 Strafgesetzbuch Rechnung, der die Annahme von Geld oder geldwerten Vorteilen sowohl für sich selbst als auch für Dritte durch Amtsträger (Beschäftigte und Organe) unter Strafe stellt.

Über die Annahme von Zuwendungen, d.h. von Spenden und Schenkungen hat der Verwaltungsausschuss zu entscheiden; bei Spenden über 25.000,00 EUR liegt die Beschlusszuständigkeit beim Gemeinderat.

2. Sachstand

Die Verwaltung schreibt nach dem in der Vorlage 536a/2008 genannten Prinzip die Spenderinnen und Spender an und gibt ggf. den Namen der Spenderin / des Spenders in nichtöffentlicher Sitzung mündlich unter Mitteilungen bekannt.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung empfiehlt die Annahme der Spenden.

4. Lösungsvarianten

Die Sachspende mit ca. 2.000 Büchern wird nicht angenommen.